

oder Kirche in Not/Ostpriesterhilfe, ihren je spezifischen Adressatenkreis. Diese Form der Hilfe erschwerte jede Kooperation und Koordinierung. Daß es in dem einen oder anderen Fall auch zur Doppelfinanzierung kam, konnte unter diesen Bedingungen nicht ausgeschlossen werden. Auch die – für die bestehenden Werke charakteristische – begleitende Bewußtseinsbildung bei den Spendern konnte im Blick auf den Osten bisher nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Trotz dieser Vorbehalte hat die Auseinandersetzung um die ZdK-Forderung gezeigt, daß man sich in den Grundanliegen einig ist: notwendig sind verstärkte Bewußtseinsbildung, die Bündelung der Kräfte und bessere Kooperation, vor allem aber auch eine entschiedene Einbindung der osteuropäischen Kirchen selbst in die Neustrukturierung der Hilfe.

Die vom ZdK geforderte Kollekte wurde vom Ständigen Rat der Bischofskonferenz für das Spätjahr bereits beschlossen. Ob die Gründung eines eigenen Werkes oder aber eine Form der institutionalisierten Kooperation – etwa nach den bewährten Modellen der Kooperation der einzelnen Hilfswerke in den Entwicklungsländern – effizienter arbeiten kann, untersucht derzeit eine Arbeitsgruppe, die von der Gemeinsamen Konferenz von Deutscher Bischofskonferenz und ZdK eingesetzt wurde. Bei all diesen Überlegungen darf jedoch der Grundsatz der Unteilbarkeit der Solidarität nicht zum puren Lippenbekenntnis werden.

fo

Unsicher

Die evangelische Kirche in den neuen Ländern tut sich schwer

Mit großen Zahlen kann die evangelische Kirche in den neuen Bundesländern derzeit nicht aufwarten: Während sich im Juni 1988 zur Abschlußveranstaltung des regionalen Evangelischen Kirchentags in Erfurt

40 000 Menschen auf dem Domplatz versammelt hatten, kamen zum Abschluß des ersten Erfurter Kirchentags seit der Wende am ersten Juliwochenende jetzt nur etwa 5000. Die regionalen Kirchentage von 1988 (vgl. HK, Juli 1988, 348) standen weithin im Zeichen der *zunehmenden Unzufriedenheit in der DDR*, die sich vor allem in einer steigenden Zahl von Ausreiseträgern manifestierte. Damals waren die Synodaltagungen wie die Großtreffen der evangelischen Kirche praktisch die einzigen Gelegenheiten, bei denen sich der verbreitete Unmut über das erstarrte DDR-System Luft machen konnte und längst überfällige Reformen angemahnt werden konnten.

Ein Jahr später war es mit der DDR vorbei. Es kamen nicht die nicht zuletzt von vielen Repräsentanten der evangelischen Kirche immer wieder verlangten Reformen und Auflockerungen *innerhalb* des DDR-Systems, sondern es kam dessen Zusammenbruch und der Beitritt zur staatlichen Ordnung der Bundesrepublik. Die staatliche zog dann auch die kirchliche Vereinigung nach sich, die im Juni letzten Jahres durch die Eingliederung der evangelischen Landeskirchen der ehemaligen DDR in die EKD vollzogen wurde (vgl. HK, August 1991, 378 ff.). Mit ihrer Rolle unter den veränderten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen tut sich die evangelische Kirche in den neuen Ländern aus verschiedenen Gründen aber immer noch schwer.

Das Umfeld hat sich grundlegend geändert: Wie gerade auch der Vergleich der Besucherzahl des Erfurter Kirchentags von 1988 mit dem von 1992 zeigt, wird die evangelische Kirche in ihren früheren Funktionen als Kristallisationskern und Freiraum für Kritik im sozialistischen System nicht mehr gebraucht. Auf dem Erfurter Kirchentag kamen zwar die wirtschaftlichen und psychischen Probleme vieler Menschen in den neuen Ländern deutlich zur Sprache; aber im demokratischen Staat und unter den Bedingungen eines gesellschaftlich-weltanschaulichen Pluralismus ist die Kirche nur eine Institution unter ande-

ren, nicht die einzige Klagemauer. Dazu kommt, daß das Bild der evangelischen Kirche in der Öffentlichkeit weithin von der Diskussion über ihre Kontakte zur Staatssicherheit geprägt und dadurch eher negativ grundiert ist. Der brandenburgische Ministerpräsident *Manfred Stolpe* beklagte in Erfurt, die SED habe es mit ihrem Staatssicherheitsdienst „sozusagen posthum“ geschafft, die evangelische Kirche im Osten Deutschlands mundtot zu machen.

Für die derzeitige Malaise der evangelischen Kirche in den neuen Ländern gibt es allerdings neben äußeren, nicht von ihr selbst zu verantwortenden auch „hausgemachte“ Ursachen. Nicht wenige Verantwortliche und Mitarbeiter tun sich offenbar schwer damit, sich von den früheren Prägungen, Einstellungen und Strukturen zu lösen und sich offen und entschieden auf die neuen Möglichkeiten und Herausforderungen einzulassen. Das betrifft zum einen das Verhältnis zum demokratischen Staat und zu den Staat-Kirche-Beziehungen, die jetzt auch für die neuen Bundesländer gelten. Es gilt aber auch für die *seelsorglich-missionarische* Arbeit der Kirche: Die Bereitschaft, aus den bisher vom System zugeteilten Nischen hervorzutreten und bewußt auf Menschen zuzugehen, ist oft nicht besonders groß. Der Verweis auf die historische protestantische Prägung der neuen Länder kann aber Phantasie und Engagement bei der Bewältigung der heutigen Herausforderungen nicht ersetzen.

Die evangelische Kirche in den neuen Ländern ist zwar historisch-strukturell gesehen Mehrheits-, de facto aber Minderheitskirche und wird es aller Wahrscheinlichkeit nach auch auf absehbare Zeit bleiben. Von einem Zustrom zur Kirche kann keine Rede sein, eher ist weiteres Abbröckeln zu registrieren. Das bräuchte aber weder Anlaß zu Selbstmitleid noch zur Resignation zu sein. Es müßte eher dazu ermuntern, die jetzt größer gewordenen Chancen bewußt zu nutzen, an Menschen heranzukommen und den christlichen Glauben in der Öffentlichkeit präsent zu machen.

ru